

1. Selbstverständnis

Für die **FREIEN WÄHLER** steht der Mensch im Mittelpunkt des Handelns.

Die **FREIEN WÄHLER** stehen für mehr Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten und mehr aktive Bürgerrechte, das heißt: Wir stehen für mehr Demokratie.

Die **FREIEN WÄHLER** stehen für eine ideologiefreie, sachorientierte, aktive und erfolgreiche demokratische Mitarbeit bei der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten in den Gemeinden, den Städten, den Kreisen und im Land. Die **FREIEN WÄHLER** bekennen sich zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz. Die **FREIEN WÄHLER** lehnen jeglichen Extremismus ab.

Die **FREIEN WÄHLER** beteiligen sich an der Landtagswahl, weil in Mainz über Lebensfragen der Kommunen entschieden wird.

Die **FREIEN WÄHLER** wollen auf Landesebene Mängel und Einseitigkeiten der Parteipolitik bekämpfen, welche die politische Klasse immer weiter von den Bürgern entfernen und das Ansehen von Berufspolitikern auf einen Tiefstand gebracht haben. Dabei geht es den **FREIEN WÄHLERN** nicht um Posten, persönliche Vorteile und lebenslange Versorgung, sondern um die Belange der Bürger von Rheinland-Pfalz.

Die **FREIEN WÄHLER** wollen dazu beitragen, Glaubwürdigkeit und Bürgernähe in die Politik zurückzubringen.

Wir fordern einen Bürgerstaat und keinen Parteienstaat!

Die **FREIEN WÄHLER** sind der festen Überzeugung, dass Städte und Gemeinden als Basis der staatlichen Ordnung Ausgangspunkt und wesentlicher Bestandteil der demokratischen Willensbildung sein müssen. In einer größtmöglichen direkten Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger sehen wir die Grundlage für ein funktionierendes demokratisches Staatswesen. Dazu muss die Einflussnahme der Parteien und ihrer Bürokratien in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern von der zur Zeit praktizierten Alleinherrschaft konsequent auf das im Grundgesetz festgeschriebene Maß der Mitwirkung zurück geführt werden.

2. Strukturreform der Demokratie in Rheinland-Pfalz

Unser Ziel ist es:

1. die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger auch auf Landesebene zu erweitern, um vom Parteienstaat wieder zum Bürgerstaat zu kommen, das bedeutet:
 - auf eine direkte Mitwirkung der Bürger durch Volksabstimmungen und Bürgerinitiativen hinzuwirken,
 - die Direktwahl des **Ministerpräsidenten** von Rheinland-Pfalz.
2. die Gewaltenteilung wiederherzustellen, das bedeutet:
 - Regierungsmitglieder dürfen nicht gleichzeitig dem Parlament angehören (Unvereinbarkeit von Regierungamt und Parlamentsmandat).

3. eine Reform des Landeswahlrechts zu erreichen, das bedeutet:

- Die Einführung flexibler Listen, die es den Wählern ermöglichen, bestimmte Kandidaten durch Vergabe mehrerer Stimmen nach vorne zu wählen (Kumulieren der Stimmen) und auch Kandidaten anderer Listen zu wählen (Panaschieren). Um dem Wähler die Vorbereitung der Wahlentscheidung früher zu ermöglichen, sollen die Wahlunterlagen mit der Wahlbenachrichtigung versandt werden.

- die Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten auf die Hälfte.

4. eine Verwaltungsverschlinkung zu erreichen, die zuerst von den Ländern ausgeht, das bedeutet:

- es reichen auch sechs statt sechzehn Bundesländer. Das spart hunderte von Millionen Euro an Verwaltungskosten für Minister und Ministerien bis hin zum Sicherheitspersonal und Fuhrpark. Das eingesparte Geld kann für kommunale Aufgaben (Bildung, Erziehung, Betreuung) verwendet werden.

5. klare Kompetenzabgrenzungen der verschiedenen Ebenen Gemeinde, Kreis, Land, Bund sowie Europäische Union und die Einheit von Entscheidungskompetenz und Finanzverantwortung herbeizuführen, das bedeutet:

- Die verworrenen Kompetenzen und Finanzverzweigungen des Länderfinanzausgleichs und des Kommunalen Finanzausgleichs müssen neu geordnet werden.
- Wir fordern daher die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, wonach der auftragende Gesetzgeber als Verursacher für den finanziellen Ausgleich der von ihm aufgetragenen Aufgaben lückenlos sorgen muss, denn wer bestellt, der soll auch bezahlen!

- Den Ländern müssen einerseits substanzielle Zuständigkeiten rückübertragen werden, während andererseits ihre weitgehenden Blockademöglichkeiten im Bundesrat wieder aufzuheben sind. Es soll vor Ort entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann.

3. Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden

Kernstück der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie ist die Hoheit der Gemeinde über ihre Finanzen und deren Verwendung. Es werden jedoch immer mehr Aufgaben von Bund und Land auf die kommunalen Gebietskörperschaften verlagert ohne aufgabenbezogenen Kostenausgleich. Daher ist es unabdingbar, die schon seit Jahren kritische Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften durch geeignete Maßnahmen spürbar zu verbessern. Landespolitisch wünschenswerte und von Landesinteresse geprägte Großprojekte sind aus Finanzmitteln des Landes und nicht auf Kosten der Kommunen zu finanzieren. Die Landespolitik darf den kommunalen Finanzausgleich nicht als "Reservekasse" für Vorzeigeprojekte missbrauchen. Die von Bund und Ländern den Gemeinden zugewiesenen öffentlichen Aufgaben belasten die Kommunen finanziell so stark, dass damit faktisch in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen wird.

Besonders die Unterstützung kleinerer Gemeinden und Städte mit Haushaltsnotlagen muss grundlegend verbessert werden. Dazu gehört auch die Aufstockung der allgemeinen Zuweisungen sowie der Bedarfszuweisungen zu Lasten der Zweckzuweisungen.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern die Abschaffung von Verbandsgemeinde-, Kreis- und Bezirksumlage und die Einführung eines eigenen Heberechts z.B. auf Grundsteuern und Gewerbesteuer.

Durch einen umfassenden und spürbaren Standardabbau muss der kommunalen Selbstverwaltung wieder mehr Handlungsfreiheit, Planungssicherheit und Investitionskraft verschafft werden.

Alle bestehenden Aufwendungen des Landes gehören auf den Prüfstand. Jede Einsparmöglichkeit ist umzusetzen!

4. **Transparenz und Korruptionsbekämpfung**

Wir fordern Ehrlichkeit und volle Transparenz in den öffentlichen Angelegenheiten und freien Zugang zu den staatlichen Akten für Bürger und Journalisten.

Wir unterstützen den gemeinsamen Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes, wie ihn Journalistenverbände und die Antikorruptionsvereinigung Transparency International vorgelegt haben. Obrigkeitliche Geheimhaltung durch Politiker und Staatsbeamte darf nicht hingenommen werden. Ausnahmen darf es nur geben, soweit persönliche Daten von Bürgern betroffen sind (Datenschutz) und aus Gründen der Sicherheit.

Nicht zum Bereich des Datenschutzes gehören für uns alle Informationen über die Vergabe von Subventionen. Hier muss, soweit überhaupt noch Subventionen gezahlt werden, absolute Transparenz herrschen.

Minister und Abgeordnete von Parlamenten dürfen zur Vermeidung von Interessenskollisionen nur Aufsichtsratsmandate in öffentlichen Unternehmen annehmen; Beraterverträge für Unternehmen sind auszuschließen.

Die **FREIEN WÄHLER** verlangen, wie in anderen zivilisierten Ländern, einen wirksamen Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung im Sinne der UN-Konvention einzuführen.

5. **Kampf der Ämterpatronage und der Selbstbedienungsmentalität**

Individuelle Fähigkeit und Leistung muss bei der Besetzung von Funktionen den Ausschlag geben und nicht eine etwaige Parteienzugehörigkeit. Besonders problematisch wirkt sich Ämterpatronage bei - als politisch neutral gedachten - Ämtern wie z.B. Richtern aus. Ämterpatronage droht die Gleichheit des Zugangs zu den Ämtern aufzuheben, den öffentlichen Dienst aufzublähen und den Staat zur Beute der politischen Parteien zu machen.

Nicht von der Politik leben, sondern für die Menschen arbeiten.

Die Ämter von Abgeordneten und Ministern erscheinen Berufspolitikern vielfach als Pfründe zur eigenen Versorgung. Überzogene Privilegien, die sich das Parlament in eigener Sache bewilligt hat, sind zu beseitigen.

Unangemessene finanzielle Vorteile von Parteien, Fraktionen und Parteistiftungen müssen abgebaut werden.

Sachleistungen der Berufspolitiker sind nach dem Gebot der Sparsamkeit möglichst gering zu halten. Es handelt sich hierbei um Steuergelder.

Die Diäten der Abgeordneten sollen entsprechend der Entwicklung des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmer fallen oder steigen.

6. **Finanzen, Verschuldung, Sparsamkeit**

Steuergelder sind Gelder der Bürger. Daher kämpfen wir für deren sparsame Verwendung. Jegliche Steuerverschwendung ist zu unterlassen. Die Ausgaben des Landes sind den Einnahmen anzupassen, also durch entschlossenes Sparen so schnell wie möglich zu senken. Der Abbau überflüssiger bürokratischer Vorschriften spart Kontrollstellen und Bürokratie. Wir unterstützen die bekannten und richtigen Forderungen des Bundes der Steuerzahler und verantwortlicher Wissenschaftler nach weitgehendem Abbau der Subventionen. Soweit doch einmal eine Leistung ausgeweitet werden soll, muss im Gegenzug an anderer Stelle eingespart werden.

7. **Schule und Bildung**

Bildung ist die Grundlage einer modernen Gesellschaft und verschafft den Zugang zu Arbeit und Wohlstand. Die **FREIEN WÄHLER** fordern daher ein optimales Bildungssystem mit größtmöglicher Chancengerechtigkeit.

Unser Ziel: Chancen für alle Kinder, unabhängig von der sozialen Herkunft.

Die **FREIEN WÄHLER** sind der Überzeugung, dass ein durchlässiges gegliedertes Schulsystem bei weitem besser als die Einheitsschule spezifische Fördermöglichkeiten für die entsprechenden individuellen Begabungen der Kinder bietet.

Damit jedes Kind auch tatsächlich seinen optimalen Bildungsweg geht, sollen die Eltern beraten und die Bedingungen für die individuelle Förderung weiter verbessert werden.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern für alle, die das wünschen, ein Ganztagsangebot zu schaffen.

Die Schule soll nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. Wir wollen unseren Kindern eine kulturelle Heimat und klare ethische Maßstäbe fürs Leben mitgeben. Werte machen stark für ein gelungenes Leben.

Jedes Kind muss in der Schule ausreichend Deutsch sprechen, damit alle dem Unterricht folgen können. Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine verbindliche Vorschule mit dem Schwerpunkt der Spracherziehung. Eine Sprachförderung sollte auch den Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund ermöglicht werden, damit diese ihre Kinder erfolgreich begleiten und diese selbst Chancen zur Entfaltung erhalten.

Wir wollen die wohnortnahe Grundschule erhalten. Wir wollen unsere Grundschüler durch kleinere Klassen und den Ausbau des Ganztagsangebots noch stärker und individueller fördern. Darüber hinaus wollen wir mit einem Beratungsangebot für alle Schüler die Voraussetzungen für eine begabungsgerechte Schulwahl verbessern.

Kleinere Klassen und ein flächendeckendes Ganztagsangebot werden eine intensivere Förderung ermöglichen. Verstärkt wird vor allem die gezielte Förderung der Kernkompetenzen Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften, Fremdsprachen sowie der Sozialkompetenz. Die Bildung der Kinder in Rheinland-Pfalz wird durch Lehrermangel massiv beeinträchtigt. Die **FREIEN WÄHLER** fordern daher die Einstellung weiterer Lehrkräfte.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts:

- eine stärker praxisorientierte Lehrerausbildung und die
- Förderung neuer Unterrichtsformen
- Evaluation (ständige Erfolgskontrolle der Lehrinhalte und Methodik)

8. Für eine familienfreundliche Gesellschaft

Die **FREIEN WÄHLER** fordern angesichts niedriger Geburtenraten und der damit einhergehenden, langfristig einschneidenden demographischen Effekte in unserer Gesellschaft eine Stärkung der Familien.

Die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung von Familien.

Diesbezügliche gesellschaftliche und staatliche Maßnahmen müssen weit über praktische Fragen der zusätzlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten hinausgehen. Eltern sollen Unterstützung in der Erziehung ihrer Kinder erhalten können, etwa in praktischer und pädagogischer Hinsicht. Selbsthilfe von Eltern durch gegenseitige Hilfe beim Betreuen von Kindern, in Spiel- und Betreuungsgruppen soll unterstützt werden.

Es müssen pädagogisch sinnvolle Spielplätze, Aktionsräume und Aufenthaltsräume für alle Altersgruppen unter Einbeziehung von Elterninitiativen, Pädagogen, Kirchen und Vereinen geschaffen werden.

9. Soziales und Integration

Der Grundgesetzartikel "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundestaat" bestimmt sich im Maß der Fürsorge für die Schwächeren und Menschen mit Benachteiligung.

Menschen mit Benachteiligung soll die volle Teilnahme am sozialen Leben ermöglicht werden (Inklusion).

Die Integration von Migranten zur Teilnahme an der Gemeinschaft und ins Arbeitsleben ist zu fördern. Ziel der **FREIEN WÄHLER** ist es, die Neubürger und Einwanderer voll zu integrieren und alles dazu zu tun, dass Parallelgesellschaften verschwinden oder gar nicht erst entstehen können.

Das bedeutet: Die Integration der Einwanderer gemäß den Prinzipien des Grundgesetzes, das letztlich auf den Men-

schenrechten und der Idee der Aufklärung basiert, ist eine gemeinsame Aufgabe aller Bürger und Einwanderer, die wir durch gemeinsame Aktivitäten unter Einbeziehung aller sozialen, politischen und kirchlichen Gruppen erreichen wollen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern die **FREIEN WÄHLER**, dass alle Einwanderer sich aktiv an dem Integrationsprozess beteiligen und das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten.

10. Senioren

Im Hinblick auf die demographische Situation ist darauf zu achten, dass:

- Menschen durch Bau und Umbau ermöglicht wird, trotz altersbedingter Einschränkungen und Behinderungen möglichst lange selbständig zu leben;
- Pflegende Angehörige besondere Unterstützung erhalten und durch entsprechende Bildungsmaßnahmen unterstützt werden.

Darüber hinaus soll die Bildung von Seniorenwohnheimen und Mehrgenerationenprojekten gefördert werden.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern die möglichst lange Eigenständigkeit alternder Menschen durch geeignete Maßnahmen und Initiativen zu unterstützen, z.B. durch Schaffung von Seniorennetzwerken.

11. Gesundheitspolitik

Die Menschen werden immer älter und bedürfen länger mehr medizinischer Versorgung. Gleichzeitig hat die Medizin in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren. Eine sozial verträgliche medizinische Grundversorgung ist sicher zu stellen. Die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum muss gewährleistet sein. Gleichzeitig muss die Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des Einzelnen gestärkt werden. Die Finanzierung des Gesundheitswesens muss transparenter und effizienter werden. Im Mittelpunkt steht der Mensch und nicht die Bürokratie!

12. Verkehr und Infrastruktur

1. Verkehr

Trotz seinerzeit guter und heute wieder aktueller Ansätze wurden in den 70-er Jahren fast alle alternativen öffentlichen Verkehrsmittel wie Straßenbahnen, Oberleitungs- und Batteriebusse sowie viele Nebenstrecken der Deutschen Bahn, in Rheinland-Pfalz, zugunsten des Ausbaus der Automobilität aufgegeben. Das war falsch! Alle Fortbewegungsmittel, vom Fahrrad bis zum Schiff, sind nach neuesten Erkenntnissen, auf ihre Vor- und Nachteile, Nutzen und Umweltverträglichkeit, zu prüfen und für ihren Zweck, über kommunale Grenzen hinweg, optimal einzusetzen. Die **FREIEN WÄHLER** fordern die Förderung und Revitalisierung stillgelegter Bahnstrecken. Angesichts der weltweiten Entwicklung bezüglich Ressourcen und der Natur sind dabei umweltfreundliche Konzepte besonders zu fördern.

2. Infrastruktur

Leistungsfähige Verkehrssysteme sind die notwendige Grundlage für das Leben, die Wirtschaft und den Tourismus in Rheinland-Pfalz. In den letzten 20 Jahren ist zu beobachten, dass außerhalb der Städte und Gemeinden, neue Straßen entstanden sind, anstatt das bestehende Straßensystem intelligenter zu nutzen und die vorhandenen Straßen und Brückenbauwerke in einem gutem Zustand zu erhalten.

13. Wirtschaft

1. Soziale Marktwirtschaft als tatsächliche Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Die **FREIEN WÄHLER** sind der Auffassung, dass die Mehrung und der Erhalt des Wohlstandes unseres Landes am besten gewahrt werden im System der sozialen Marktwirtschaft, in dem Sinne wie sie durch Ludwig Erhard einst mitgeprägt wurde.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass der Staat die Rahmenbedingungen setzt und eingreift, wenn die freien Marktkräfte zu unerwünschten Marktergebnissen führen, wie zum Beispiel die Bildung von Kartellen, Monopolen oder andere Formen der Marktbeherrschung.

Ludwig Erhard hat mit seiner sozialen Marktwirtschaft gezeigt, dass sein Ziel "Wohlstand für alle" erreichbar war. In Westdeutschland wurde eine Utopie Realität.

Helmut Kohl und seine schwarzgelbe Koalition und sein rotgrüner Nachfolger Gerhard Schröder haben Stück für Stück mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik einen Weg von der sozialen zur einer asozialen Marktwirtschaft verfolgt.

Durch massiven Abbau der sozialen Sicherungssysteme, Verstärkung der Sanktionen und gleichzeitiger steuerlicher und sozialrechtlicher Subventionierung von Billiglohnverhältnissen und Armutslöhnen sowie Leiharbeit wurden und werden immer mehr Menschen in die Armut gedrückt.

Diese fallen für Kommunen und Staat nicht nur als Beitragszahler und Steuerzahler ganz oder weitgehend aus, sondern die Sozialsysteme und Kommunen werden durch diese Politik der Verelendung über die parallel steigenden Soziallasten ruiniert.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet auch, dass die Arbeitnehmer einen gerechten Anteil an dem geschaffenen Mehrwert erhalten. Die staatliche Privilegierung und Subventionierung von Billig- und Armutlohnverhältnissen muss beendet werden.

Die **FREIEN WÄHLER** schließen sich der Forderung des Deutschen Juristentages und des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Mindestlöhnen an, die bei vollschichtiger Arbeit das Ernähren der Familie und ausreichende Beiträge für die Alterssicherung ermöglichen.

2. Subventionsabbau

Subventionen haben in der Vergangenheit immer wieder zu negativen Marktverzerrungen geführt, die ohne deren Zahlung nicht entstanden wären. Vor allem führen Sie unter den Marktakteuren zu Wettbewerbsungleichheiten, die meist zu Lasten kleinerer Unternehmen gehen, die oft aufgrund der komplizierten Antragswege nicht in den Genuss dieser Staatswohltaten kommen.

Wir plädieren deshalb für den Abbau der Subventionen an Wirtschaftsunternehmen, um wieder einen fairen Wettbewerb zu erreichen.

3. Vielfältigkeit der heimischen Wirtschaft

Viele kleine oder mittelgroße Wirtschaftseinheiten sind widerstandsfähiger gegen Krisen als wenige große Einheiten. Mittelständische und kleine Unternehmen bilden überdurchschnittlich viel aus und beschäftigen den größten Teil der Arbeitnehmer in Rheinland Pfalz. Wir möchten, dass gerade die kleine und mittelständische Wirtschaft in unserem Land erhalten und gefördert wird. Die **FREIEN WÄHLER** sehen die Sicherstellung eines flächendeckenden schnellen Internets als öffentlichen Auftrag und Teil einer notwendigen Grundversorgung.

Hierzu muss insbesondere die Planung von infrastrukturellen Maßnahmen im Land sich auch an den Bedürfnissen dieser Wirtschaftseinheiten ausrichten, um so den Ausbau und Erhalt der Arbeitsplätze in diesen Bereichen zu sichern.

4. Wirtschaftsfreundliche Verwaltung

Wachstumsstarke Unternehmen entstehen nur unter optimalen Bedingungen, hierzu zählt auch eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung.

Genehmigungen, Prüfungen und die Bearbeitung von Verwaltungsakten müssen schnell und effizient abgewickelt werden und dürfen nicht durch überlange Bearbeitungszeiten zum Investitionshemmnis werden.

5. Gegen Babylonische Großprojekte, Sonnenkönigtum und Bereicherung Privater aus Steuergeldern

Der Staat als Unternehmer oder Finanzier gehört nicht zu den Zielvorstellungen der **FREIEN WÄHLER**, damit Fehlentwicklungen vermieden werden. Ob Verkehrsmilliarden des Bundes und der Bahn statt dem dringenden bundesweiten Ausbau der Bahninfrastruktur zu dienen, in babylonischen Projekten wie dem Bunkerbahnhof Stuttgart 21 verschleudert werden, oder ob obskure Private in Rheinland-Pfalz mit hunderten Millionen aus öffentlichen Kassen und Unternehmen am Nürburgring oder mit Millionen beim Schlosshotel Bergzabern bereichert werden:

Dieser Politik wollen wir im Landtag und, wenn wir für eine Koalition gebraucht werden, im Bundesrat einen Riegel vorschieben.

6. Lobbyismus und Verbraucherschutz

Es muss aufhören, dass die in ihren Gebieten monopolistisch herrschende Energiekonzerne die Regelwerke für die Energiepolitik, die Pharmaindustrie und andere Teile der Gesundheitsindustrie ihre überhöhten Preise und die Nahrungsmittelindustrie die Regeln des Verbraucherschutzes weitgehend selbst festlegen können.

Die **FREIEN WÄHLER** wollen dafür sorgen, dass der Schutz von Gesundheit und Umwelt sowie faire Preise für die Verbraucher wieder Priorität haben, vor finanzkräftigen Lobbyisten und persönlicher und parteilicher Käuflichkeit.

14. Abwehr von Naturkatastrophen, Hochwasserschutz

Die Oder-, Mosel-, Donau- und das Elbehochwasser haben gezeigt, dass nicht nur Jahrhunderthochwasser kommen können, sondern mit noch höherem Hochwasser gerechnet werden muss.

In den Niederlanden schützt man die Bevölkerung am Rhein mindestens vor 1250-jährlichen Hochwassern, obwohl das dort im Tiefland und mit den gesamten Wassermassen nicht einfach ist. Die Rheinanlieger im Oberrheingraben haben einen Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser, der bis 2015 von der gegenwärtigen Landesregierung zu einem Schutz vor einem 200-jährlichen Hochwasser ausgebaut werden soll.

Wir sind im Hinblick auf die immer extremeren Wettererscheinungen für einen raschen Ausbau des Hochwasserschutzes am Rhein und seinen Zuflüssen. Durch

- den Ausbau der Polder im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen,
- die Erneuerung von alten, schwachen Deichen,
- Einbau von Spundwänden, wo eine Erneuerung nicht möglich ist, und mobilen Schutzeinrichtungen muss wieder Sicherheit für die Bevölkerung geschaffen werden.
- Überschwemmte Wiesen und Auwälder sind das Normale am Rhein, nicht aber überschwemmte Wohnungen, Städte und Fabriken.
- Flussniederungen sind von jeglicher Bebauung freizuhalten.

15. Landwirtschaft, Weinbau, Forsten, Tourismus

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau haben im Flächenland Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung. Im ländlichen Raum bieten diese Wirtschaftszweige eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und zahlreiche Zulieferer und Veredelungsbetriebe sind auf die Existenz unserer grünen Betriebe angewiesen.

Die **FREIEN WÄHLER** treten ein für die Förderung von Zukunftsentwicklungen in der Agrar-, Wein-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Betriebe, Unternehmen, Wissenschaft, Dienstleister, Verbände und Verwaltungen haben unsere volle Unterstützung, wenn Sie zukunftsorientiert und mit hohem Qualitätsanspruch an der Wertschöpfungskette arbeiten - zum Wohl von Mensch, Tier und Natur.

Die **FREIEN WÄHLER** bekennen sich zur nachhaltigen Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlichen sowie Weinbauflächen. Nur eine solche Nutzung von Grünland, Äckern, Wald und Weinbergen liefert die erforderlichen Rohstoffe für weiterverarbeitende Betriebe. Und sie bietet Raum für die Belange des Natur- und Artenschutzes.

Wir sehen die Arbeit der Bauern und Winzer und der Waldbesitzer auch als wesentliche Bedingung für die stetig steigenden Gästezahlen in Rheinland-Pfalz. Der Landtourismus in seinen vielfältigen Formen und Strukturen ist ein kreativer und leistungsstarker Motor für die Wirtschaft in unserem Land. Unser Fokus ist gerichtet auf die Breitenförderung und nicht auf einzelne millionenschwere Prestigeobjekte.

Wein verbindet Menschen. Engagierte Winzergenerationen machen mit ihrem großen Können Rheinland-Pfalz zum Weinland Nr. 1. Sie erzeugen ca. 70 % der deutschen Weine und nehmen Spitzenplätze bei nationalen und internationalen Wettbewerben ein. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wein das Herzstück von Rheinland-Pfalz bleibt.

Im Hinblick auf die bevorstehende EU-Agrarreform wollen wir im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten darauf einwirken, dass die Land- Wein- und Fortwirtschaft ein Garant für den Erhalt unserer Kulturlandschaft bleibt.

Deutschland als der größte Einzahler in den EU-Agrartopf (neben Frankreich) muss Einfluss nehmen, dass EU-Steuerungsinstrumente unsere Höfe und Betriebe nicht in ihrer Existenz bedrohen.

16. Natur und Umwelt

Die Klimaerwärmung durch Treibhausgase bedroht unser Land durch Klimaextreme und die daraus resultierenden Naturkatastrophen. Gleichzeitig werden durch starken Verbrauch der Reserven und weltweit immens steigende Nachfrage die fossilen Brennstoffe knapp und damit teuer.

Wir wollen daher eine entschlossene Politik zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen und der Sicherung eines sparsamen und umweltverträglichen Umganges mit Energie. Sie ist entschlossen einzusparen! Vermeidung von Energieverschwendung und rationeller und sparsamer Energieeinsatz ist das erste Gebot.

Die größten Effizienzreserven liegen im Bereich Heizung und Warmwasserbereitung. Öffentliche und private Gebäude im Bestand sollen energetisch optimiert werden. So wird mittelfristig nicht nur der Umwelt gedient, sondern auch viel Geld gespart.

Auch alle anderen Wege zur energetischen Effizienzsteigerung und zu rationellerer Energieverwendung sollen beschritten werden.

Um die zersplitterten Lebensräume von Tieren und Pflanzen wieder zu verbinden, ist die Biotopvernetzung zu fördern.

17. Förderung regenerativer und alternativer Energien

1. Kernkraft

Über den rotgrünen Ausstiegsbeschluss hinaus fordern die **FREIEN WÄHLER** die Abschaltung aller Meiler, die nicht wirksam gegen ihre Umwandlung in schmutzige Atombomben geschützt sind.

Die deutschen Kernkraftwerke der ersten Generation sind überhaupt nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert, die der zweiten Generation verfügen nur über einen Schutz gegen Starfighter-Abstürze (ein leichter Militärjet). Erst die dritte Generation verfügt über eine massive Stahlbetonhülle. Mit ihrem Potential, bei einem erfolgreichen terroristischen Angriff mittels Flugzeugen, Mörsern oder Raketen, durch radioaktive Verseuchung weite Gebiete Deutschlands unbewohnbar zu machen, sind diese Reaktoren das größte Risiko für die nationale Sicherheit.

Die gesamten Kosten der Entsorgung der radioaktiven Abfälle sind komplett dem Atomstrom der Meiler der dritten Generation aufzuerlegen.

Es ist in einem wissenschaftlichen und transparenten Verfahren nach dem besten Standort für ein Atomendlager zu suchen. Ideologische Festlegungen auf ungeeignete Standorte wie Morsleben und Asse mit Milliarden Schäden dürfen sich in Gorleben nicht wiederholen.

2. Erdwärme

Von den regenerativen Energien soll die in Rheinland-Pfalz in weiten Teilen gut erreichbare Erdwärme besonders gefördert werden, da sie unabhängig vom Wetter und das ganze Jahr über zur Verfügung steht. Die Investitionen in Erdwärme betrachten wir als wichtige Zukunftsvorsorge.

3. Windkraft

An windstarken Standorten soll auch die Windenergie, im Einvernehmen mit den Kommunen, weiter gefördert werden.

4. Sonne

Die künftigen Niedrigenergie- und Passivenergiehäuser von Bürgern, Firmen und Staat sind mit Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen zum Wärmepumpenbetrieb auszustatten.

5. Energie aus Pflanzen

Biogasanlagen und nachwachsende Rohstoffe müssen verstärkt zum Einsatz kommen.

6. Wasserkraft

Vorhandene Wasserkraftanlagen sind zu optimieren. Um den schwankenden Energieanfall aus den regenerativen Energien Sonne und Wind auszugleichen, fordern die **FREIEN WÄHLER** die Errichtung von zusätzlichen Pumpspeicherkraftwerken auch in Rheinland-Pfalz.

7. Dezentrale Energieversorgung

Die dezentrale Energieversorgung, wie Blockheizkraftwerke und ähnliche Konzepte wie Zuhausekraftwerke, sind zu fördern, denn dezentrale Energieversorgung schafft Versorgungsstabilität und Autarkie.

18. Heimat und Kultur

Die **FREIEN WÄHLER** sind aufgrund ihrer Basis in den **FREIEN WÄHLER**gruppen der Gemeinden eine Partei der Heimat und verstehen Deutschland vor allem auch als eine Kulturnation. Unabhängig von Geburt und Elternhaus sollen allen Kindern und Jugendlichen die kulturellen Schätze ihrer Heimatregion, Deutschlands und das beste aus der internationalen Kultur nahe gebracht und zugänglich gemacht werden.

Für alle Bürger müssen Bibliotheken, Museen, Galerien, Theater, Konzertsäle und Veranstaltungshallen in den Regionen vorgehalten werden, um weiterhin ein reiches kulturelles Leben zu ermöglichen und zu fördern. Die Politik der Verarmung der Kommunen ist eine Politik der Verödung der Heimat und bedroht Deutschland als Kulturnation.

Das Kulturleben in Rheinland-Pfalz wollen wir erhalten. Die Posten des Kulturbudgets, wie aller anderen Etats, müssen jedoch einer jährlichen strengen Analyse unterzogen werden. Es muss verstärkt nach Sponsoren und Unterstützung durch die Bürger selbst, z.B. durch Stiftungen, gesucht werden.

Wir möchten keine Reduktion von Komplexität im Kulturellen. Es wäre falsch, dem Massengeschmack nachzugeben.

Die Menschen im Ehrenamt möchten wir fördern und unterstützen.

19. Sport

Aus Gründen der Gesundheitserziehung der Kinder und der Gesundheitserhaltung von Menschen aller Altersschichten möchten wir, dass der Sport, vor allem der Breitensport, weiter gefördert wird.

Besonders soll die Weiterbildung der in den Sportvereinen ehrenamtlich Tätigen gestärkt werden.

Subventionen für Sportmillionäre zu Lasten öffentlicher Haushalte lehnen wir ab.

20. Kriminalität

Wir sind für eine energische Bekämpfung der Kriminalität. Für uns gilt Opferschutz vor Täterschutz sowie Prävention vor kostenintensiven Resozialisierungsprogrammen.

Zur effektiven Bekämpfung organisierter Kriminalität und Terrorismus sind die Sicherheits- und Strafvollzugsbehörden daher personell und materiell bestmöglich auszustatten.

Nach einer konsequenten Strafverfolgung muss sich auch ein konsequenter und schneller Strafvollzug anschließen, ausreichende Haftkapazitäten sind vorzuhalten.

Mit Sorge betrachten wir auch die zunehmende Jugendgewalt und Verwahrlosung. Ziel der **FREIEN WÄHLER** ist es, die Jugendgewalt in den Griff zu bekommen, besonders die, die aus bildungsfernen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund entsteht. Das bedeutet:

- Die **FREIEN WÄHLER** sehen ein besonderes immer dringender werdendes Problem in unseren Städten und Gemeinden wachsen, das lange von der Politik heruntergespielt wurde, aber immer offensichtlicher wird: Die Jugendgewalt.
- Eine chancenlose Jugend mit 17 bis 20 Prozent Arbeitslosigkeit ist auf Dauer sozialpolitischer Sprengstoff für unsere Gesellschaft.

Ziel der **FREIEN WÄHLER** ist es daher auch, Ghattobil- dung in den Kommunen zu vermeiden. Das bedeutet:

- In den Kommunen müssen die Verwaltungen darauf achten, dass Stadtteile weder zu sehr entmischt werden, noch zu sehr verarmen.

Die **FREIEN WÄHLER** streben eine drogenfreie Gesellschaft an.

Unser Umbauprogramm für eine kinderfreundliche Gesellschaft kann Kinder und Jugendliche stärken und vielfach vor Drogen bewahren durch:

- Ausbau von Betreuung und Erziehung, Hilfen bei besonderen Problemen;
- Stärkung der Familien;
- Integration von Einwandererkindern;
- und Schaffung von kind- und jugendgerechten Freiräumen.

Die Zugänglichkeit zu Drogen muss vermindert und letztlich verhindert werden. Denn jeder Mensch gerät in Krisen und soll dann nicht an rasch süchtig machenden Giften hängen bleiben.